

Saale-Zeitung.

Dreizehnbürgerlicher Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Die Halle ... 2.50 Mk. ...

Nr. 119.

Halle a. S., Freitag, den 12. März.

1909.

Zur innerpolitischen Lage.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.) Berlin, 11. März 1909.

Die innerpolitische Lage und die Geschäftslage des Reichstages sind ungeklärt denn je. In dem Nicht-

Mit der ersten Fassung der Steuerergänze in der Kommission wird man vor den Schwierigkeiten fertig werden.

Schwache Hoffnungen werden immer noch gehegt, den Etat im März fertigstellen zu können.

Bölow werde hart!

Von einem früheren preussischen Landtagsabgeordneten, der aus dem parlamentarischen Leben geschieden ist, weil er an dem Kuhhandel und an Fraktions-

Der ganze Besteuerungskompromiß — man mag ihn drehen und wenden wie man will — ist schließlich weiter nichts als die Kapitulation gegenüber der Rechten, der Bloßkompromiß-

Wenn diese Regierung, die nicht die Kraft hat, 24 Landräte, die nicht aufhören, den Bund der Landwirte zu protegierten, einfach über die Klinge springen zu lassen, vor der Rechten sich beugt, weshalb soll da der Liberalismus sich mit verneigen, oder gar den Kanzler auf dem Wege nach dem ostelbischen Canossa mit Segenssprüchen begleiten? Triff — oder du wirst getroffen! Freilich,

zum Treffen kann man keine Regierungenpräsidenten gebrauchen, die sich vor ihren Landräten fürchten!

Deutsches Reich.

Soj. und Personalmeldungen.

Wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, hat der Kaiser gestern vormittag einen Vortrag des Reichsanwalters Fürsten von Bülow entgegengenommen.

Zu den Meldungen über das bevorstehende Ausscheiden des erkrankten Kultusministers Halle aus dem Staatsdienst erzählt das „B. Z.“, daß dem Ministerialdirektor Schwarztopf auch in unterrichteten Kreisen gewisse Chancen als Nachfolger hohes gegeben werden.

Mäßregelung eines Rechtsanwalts.

Aus Stettin wird der „B. Z. a. M.“ telegraphiert: Der Rechtsanwalt Dr. Tobias in Rosof, ein weit über die Grenzen Mecklenburgs bekannter, gemäßigter liberaler Politik, hatte am 30. Januar in Waren in einer politischen Versammlung gesprochen.

Wie glänzend würde Fürst Eulenburg sein, wenn er in Mecklenburg wohnte.

Aus dieser letzten Äußerung vermischt die Schweriner Regierung dem Anwalt einen Strich zu drehen. Dr. Tobias wurde nämlich vor den Oberstaatsanwalt geladen, der ihm mitteilte, daß ein Ermittlungsverfahren zum Zwecke der Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens wegen jener Äußerung gegen ihn eingeleitet sei.

Die Ueberflchwemmungen und die Agrarier mit den zugeknüpften Taschen.

Der Appell an die öffentliche Mitleidigkeit zur Einbreitung der Not der von den Ueberflschwemmungen betroffenen Landwirte hat leider nicht den in interessierten Kreisen erwarteten Erfolg gehabt: freilich aus sehr naheliegenden Gründen. Die Sammlungen für Zepellin, Rabbod und Meßina, die Schlag auf Schlag folgten, haben in den Kreisen der besitzenden Klassen, des Handels, der Industrie und der akademischen Berufe, die die großen Summen fast ausschließlich aufgebraucht haben, eine sehr erklärliche Abspannung hervorgerufen.

Wir meinen daher, daß es jetzt auch ganz besondere Pflicht aller deutschen Landwirte wäre, insbesondere für die überflschwemmten Verursachenden, damit diese nicht schlechter fahren, als die Betroffenen von Rabbod und Meßina.

Da liegt eben der Haken im Pfeffer. Im Zirkus Busch haben die Herren vom Bund der Landwirte einen fulminanten Aufruf zu Sammlungen für die Ueberflschwemmten erlassen (den man dann hätte vielleicht nutzbringender für die parteipolitische Propaganda ausnützen können), aber selber dazu beigetragen haben die bisher blutwenig. Da sollen wieder die ohnehin durch die bisherigen Sammlungen über Gebühr und Leistungsfähigkeit in Anspruch genommenen Kreise des bürgerlichen Publikums, das so wie so schon durch die agrarische Weltanschauung nach unten gedrückt wird, in erster Linie in Funktion treten.

Erhöhung des Kaffeegolles und Kohlensteuer.

Wie der „Frei. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, finden neben der Kompromißberatung in der Reichstagsfinanzreform jetzt täglich diebständige intime Besprechungen des Schatzsekretärs und eines Vertreters des Reichsanwalters mit den Führern der Bloßpartei statt, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Es verlaute, daß der Schatzsekretär jetzt möglichst schnell Klarheit schaffen will. Er will in den erwähnten Besprechungen feststellen, für welche Steuern und in welchem Betrage eine Mehrheit vorhanden ist, damit dann auch an die Lösung der verhängten Besteuerung herangetreten werden kann.

Parlamentarisches.

Die Biersteuer in der Kommission.

Berlin, 11. März.

Die Finanz- und Steuerkommission des Reichstages begann gestern die Beratung der Brausteuer. Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Zehner (Zentr.). Gegenberichterstatter Abgeordneter Rabbod (würtz. Vgl.). Es wird zunächst beschloffen, vorerst die Abänderung des alten § 6 (Artikel I Nr. 6 der Vorlage), der die Erhebungssätze der Brausteuer regelt, zu beraten unter gleichzeitiger Eröffnung der Generalsitzung über die Gesamtvorlage.

Die Vorlage sieht folgende Sätze vor:

Table with 2 columns: von den ersten, von den folgenden. Rows for 250 Doppelcentnern 14 Mark, 1500, 2000, and dem Rest.

Hierzu liegt ein Antrag der Reichspartei vor, die Sätze wie folgt zu regeln:

Table with 2 columns: von den ersten, von den folgenden. Rows for 250 Doppelcentnern 10 Mark, 750, 500, and dem Rest.

Ein Vertreter der Reichspartei erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Heranziehung des Bieres. Die Staffel sei aber für die Kleinbetriebe nicht günstig genug. Die oberrheinischen Biere, die vorzugsweise Kleinbetriebe sind, sollen steuerlich begünstigt werden.

Staatssekretär Sydow

erklärt die Besteuerung der alkoholfreien Getränke für sehr schwierig wegen der Anzahl kleiner Betriebe. Es würde einen Ertrag von fünf bis zehn Millionen ergeben. Der Schatzsekretär verteidigt die von der Regierung vorgeschlagene Staffel als goldene Mittelstraße.

Der Vorsitzende der Nationalliberalen erklärt, daß seine Freunde unter gewissen Umständen bereit seien, der Brausteuer zuzustimmen. Interessant seien die Bemerkungen des Zentrumsvorredners über das Steuerkompromiß, wenn man daran denke, daß der Vorschlag von 150 Millionen Besteuern von seinen Freunden Serold und Müller-Zulba ausgegangen sei.

Der Vertreter der Sozialdemokraten meint, die Steuer von 1906 sei auf die Wirtschaften abgewälzt worden. Die Arbeiter haben sich gemeigert, die Steuer zu zahlen und werden es auch in Zukunft tun.

Für die Freisinnigen

gibt Dr. Wiemer zunächst die grundsätzliche Erklärung ab, daß die etwaige Zustimmung zur Erhöhung indirekter Steuern, ohne die allerdings gegenwärtig eine grundsätzliche Finanzreform nicht möglich sei, nur unter der Voraussetzung erfolgen könne, daß in der zweiten Lesung der Finanzreform in der Kommission die Frage der direkten Besteuerung eine befriedigende Lösung finde.

In Bezug auf die Staffel hält der Redner die Gesetze der Regierungsvorlage im allgemeinen für richtig. Der Antrag der Reichspartei entferne sich nicht weit davon. Die wirtschaftliche Entwicklung werde auch durch die Staffelung nicht aufgehoben. Es sei aber zu erwägen, ob wirklich ein Betrag von 100 Millionen Mark vom Bier erhoben werden soll. Jedenfalls müsse verhindert werden, daß die Leistungsfähigkeit des Gewerbes gefährdet werde.

Schule.

Bestand des Deutschen Lehrervereins.

Der Deutsche Lehrerverein zählte Ende 1908 in 47 Verbänden, die sich in 3080 Einzelvereine gliedern, 119 022 Mitglieder gegen 3086 Vereine mit 116 284 Mitgliedern im Vorjahre. Es hat also eine Zunahme von 24 Vereinen mit 3328 Mitgliedern stattgefunden. Den größten Mitgliedsbestand hat natürlich der Preussische Landeslehrerverein, der in 16 Landesverbänden 67 734 Mitglieder zählt. Nach dem preussischen folgen der Sächsische Lehrerverein mit 18 788, der Bayerische Volksschullehrerverein mit 12 095, der Badische Lehrerverein mit 4359, der Württembergische Volksschullehrerverein mit 3430 und der Heilfische Landeslehrerverein mit 2900 Mitgliedern; der kleinste Landesverband ist der Schaumburg-Lippische Landeslehrerverein mit 99 Mitgliedern. Von den preussischen Provinziallehrerverbänden steht der Brandenburgische (ohne Berlin) mit 8695 Mitgliedern an erster, der Provinzial-Sächsische mit 7932 Mitgliedern an zweiter, der Söbenthalerische mit 175 Mitgliedern an letzter Stelle.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 11. März.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben. Vizepräsident Dr. Porck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Kommunalsteuerprivileg.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Herabsetzung der Beamten-Elementarlehrer und unteren Kirchendiener zur Gemeindeeinkommensteuer. Hierzu liegt ein Antrag der Abg. Wolff-Lissa (fr. Vgg.) und Rheinbaben (fr. Vp.) vor, nach dem das Gesetz auch die gewöhnliche Anwendung finden soll, und ein Antrag Graf von Groeben (fr. Vp.), der den Antrag Graf von Groeben verlangt, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer, soweit solche von den Kreisen erhoben, den Kreisen verbleiben und nicht den Kommunen zuzuführen, soweit die Zuschläge 100 Proz. übersteigen.

Abg. Graf v. d. Groeben (fr. Vp.)

begündet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die finanzielle Notlage der Kreise in den städtischen Provinzen und erklärt, daß seine Fraktion ihre Stellungnahme zu dem Gesetz von der Annahme seines Antrages abhängig mache.

Schheimat Freund

erkennt an, daß der Antrag v. d. Groeben für einige Kreise eine Verbesserung bedeuten würde. Die Regierung würde deshalb gegen den Antrag v. d. Groeben nichts einzuwenden haben.

Abg. Dr. Heßig (fr. Vp.)

Ich werde mit einem Teil meiner Freunde für den Antrag des Abg. Graf v. d. Groeben stimmen.

Abg. Eder (nl.)

Wir haben gegen die Beschlässe zweiter Lesung erhebliche Bedenken, wir halten es für ungerecht, daß man das Gesetz auf die Lehrer anwenden will, nicht aber auf die Geistlichen. Wir meinen, daß beide Beamtenkategorien gleich behandelt werden müssen. Ferner haben wir Bedenken gegen die Durchbrechung des Grundgesetzes der Kontingentierung der Steuern, die den Kreisen und den Gemeinden zugunsten sind. Eine solche Durchbrechung stellt m. E. der Antrag v. d. Groeben dar. Wir lehnen ihn ab, weil damit ein Fremdkörper in unsere Gesetzgebung kommen würde.

Abg. Rheinbaben (fr. Vp.)

begündet den Antrag auf Ausdehnung des Gesetzes auf die Geistlichen.

Abg. Hirsch (Soz.)

Wir hätten der Vorlage vielleicht zustimmen können, wenn nicht in der zweiten Lesung wesentliche Verbesserungen vorgenommen wären. Wir verlangen völlige Aufhebung der Privilegien und sind bereit, auch die Konsequenz aus dieser Forderung zu ziehen und den Geistlichen und Lehrern das passive Wahlrecht zu geben.

Abg. Randsch (fr.)

Wir rechnen damit, daß die Aufhebung des Privilegs der Geistlichen demnächst erfolgt. Aus diesem Grunde haben wir in der Resolution Athens zugestimmt. Die Geistlichen selbst haben ein Interesse daran, daß dieses privilegium odiosum fortfällt.

Abg. Wolff-Lissa (fr. Vgg.)

Die Konserwativen haben erklärt, daß sie ohne den Antrag Graf v. d. Groeben die Vorlage ablehnen würden. Diese Ansicht kann uns nicht betreffen. (Geheuer recht.) Wir meinen dem ganzen Gesetz keine Träne nach. Wie wesentlichen Verbesserungen sind ja getroffen. (Sehr richtig!) Wir wollen, daß eine Gesetzesvorlage zur Durchführung gelangt, die ausschließlich im Ministerium des Innern ausgearbeitet ist und nicht im Finanzministerium. (Beifall links.)

Bei der Abstimmung über § 1 wird der Antrag Wolff-Lissa-Rheinbaben auf Einfügung der Geistlichen in § 1 gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt. Die §§ 1-3 werden entsprechend den Beschlässen zweiter Lesung angenommen. Zu § 4 wird der Antrag Graf v. d. Groeben mit den Stimmen der Konserwativen, Freisinnigen, einem Teil des Zentrums und der Polen angenommen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.)

begündet einen Antrag, der im § 5, nach dem das Gesetz am 1. April 1909 in Kraft tritt, folgenden neuen Absatz einfügen will: „In denselben Gemeinden, in denen neben der Gemeindeeinkommensteuer Schullokalzuschläge erhoben werden, verbleibt es bis zum Uebertrage der Volksschulen auf die betreffenden Gemeinden bei den bisherigen Vorschriften.“

Schheimat Freund

fürchtet, der Antrag erwidere die Kommunalisierung der Schulkosten in Westpreußen und Polen.

Abg. Lufsenst (nl.)

ist bereit, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Wolff-Lissa (fr. Vgg.)

bestimmt den Antrag. Für Polen und Westpreußen sei das beste die baldige Einführung des Volksschulunterhaltungsgesetzes.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.)

empfehlte nochmals den Antrag, der nur für eine kurze Uebergangszeit in Betracht komme.

Abg. Graf v. d. Groeben (fr.)

hält es für bedenklich, den Entwurf mit fernliegenden Materialien zu besetzen. Vielleicht finde das Herrenhaus noch eine bessere Lösung als der Antrag die darstelle. Die Besprechung schließt. Der Antrag wird abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage fast einstimmig angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Novelle über die

Wohnungsgeldzuschüsse

der Staatsbedienten.

Abg. Lehmann (nl.)

hemängelt die geringe Einheitslichkeit des Entwurfs, der Fiktion und Ständewert bringe.

Abg. v. Savigny (fr.)

bedauert, daß nicht schon jetzt eine definitive Regelung erzielt ist.

Abg. Dr. Schröder-Rafel (nl.)

hält es nicht für zweckmäßig, die Grundzüge der künftigen Regelung schon jetzt festzulegen und bittet den Minister um besondere Beachtung der vorliegenden Petitionen.

Abg. Frhr. v. Maljahn (fr.)

weist auf die großen Verchiedenheiten in der Beschaffenheit der Dienstwohnungen hin.

Abg. Hirsch (Soz.)

regt an, die Frage der Eingemeindung der Vororte bei der über zwei Jahre zu erwartenden neuen Klaffeninteilung der Orte gleichberechtigt zu berücksichtigen.

Die Besprechung schließt. Die einzelnen Artikel des Gesetzes werden angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung das Gesetz als Ganzes.

Das Haus tritt darauf in die dritte Lesung der Vorlage betr. die Abänderung der Gesetze über die

Einkommen- und Ergänzungssteuer.

ein. In der allgemeinen Besprechung wendet sich

Abg. von Rath (nl.)

gegen die Kritik des Abg. v. Hennigs-Zedlitz an einem von ihm veröffentlichten Artikel.

Abg. Heimann (Soz.)

Meine Freunde hatten es freudig begrüßt, daß die Regierung die Einkommen unter 7000 Mk. von dem Steuerzuschlag freiließ. Leider ist der Finanzminister unter dem Einfluß der Reden auch hier aus einem Saulus ein Paulus geworden und verteidigt jetzt die Kommissionsbeschlässe, die schon die Einkommen von 1200 Mk. an treffen wollen. Einem Mann mit 1200 Mk. Einkommen wird es aber schwerer, 60 Proz. an Steuer aufzubringen, als einem Manne mit 10 000 Mk. ein Steuernachschuß von 30 Proz. Der konservative Herr v. Bodelschwingh hat auf der Tagung der Steuer- und Wirtschaftskommission gesagt, bei einem Einkommen von 10 000 Mark müßte man sich schon sehr einrichten und könnte weitere Steuerbelastung nicht ertragen. Wenn das richtig ist, wie viel schwerer trifft die Steuerbelastung den kleinen Mann. Der Redner wendet sich dann auf die Behandlung Adolf Wagners an jener Tagung ein und erklärt, in einer Arbeiterverammlung hätte Wagner vielleicht auf niemanden überzeugt, aber er wäre in jedem Falle mit der schäblichen Wichtung behandelt worden! (Zustimmung bei den Soz.) Die Kommissionsbeschlässe werden den einzigen guten Erfolg haben, daß sie die Kommunen veranlassen, ihren Steuerbedarf aus der erziehbaren Wertzuwachssteuer zu decken. Unser Nationalvermögen ist in der Berichtsperiode 1908/09 gegen die Berichtsperiode 1905/07 um 91 Milliarden gewachsen. Ingesamt wird ein Vermögen von 91 Milliarden in Preußen verzeichnet, und zwar von 1/2 Millionen Jeniten. Auf 21 000 Jeniten, also auf noch nicht ein Millionen Jeniten, entfällt mehr als ein Drittel des gesamten Nationalvermögens! Daraus erhellt, daß unsere Einkommensteuer nicht die leistungsfähigen, sondern die schwachen Schultern belastet. Mit diesem Prinzip muß brechen, wer Gerechtigkeit will. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graf v. d. Groeben (fr.)

wendet sich gegen den Abg. von Rath. Die Kritik des Abg. von Hennigs ist sehr gewis. Er habe dem Rath sei keineswegs übertrieben schief gewesen. Er habe dem Rath seine besondere Bedeutung beigegeben und ihn deshalb humoristisch behandelt. Herr von Rath mit der Wirkung seines Artikels zufrieden sei, so sind die Konserwativen es noch mehr. (Sehr gut! rechts.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Der Abg. Heimann hat wieder darauf hingewiesen, daß alle Kosten den unprivilegierten Kreisen aufgebürdet würden. Demgegenüber muß ich doch darauf hinweisen, daß 75 Proz. der jetzt beschlossenen Zuschläge von 0,38 Proz. der Bevölkerung aufgebracht werden. Wenn die großen Vermögen zugunommen haben, so ist das an sich doch wahrhaftig kein unerfreulicher Zustand. (Leb. Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Dieser Zustand würde erst dann unerfreulich sein, wenn die Zunahme der kleinen Vermögen damit nicht Hand in Hand ginge. Die Zahl der kleinen Jeniten mit einem Einkommen von 800-3000 Mk. ist aber in einer fähigen Steigerung begriffen. 1892 verzeichneten diese Einkommen 2 481 000 000 Mk., 1908 verzeichneten sie 6 400 000 000 Mk. (Hört, hört! rechts und in der Mitte.) Die Einkommensteuer ergibt also eine Zunahme der großen Vermögen, die der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht (Sehr richtig! rechts), auf der anderen Seite aber auch ein erfreuliches Aufsteigen der kleinen Einkommen. Der Abg. Heimann hat dann ferner aus einem Zeitungsartikel des Prof. Hans Delbrück angeführt. Ich glaube, der Abg. Heimann hat die Berichtigung, die ich inzwischen habe erscheinen lassen, nicht gelesen. (Sehr richtig! rechts.) In dem Artikel war behauptet, daß in Preußen nicht weniger als 66 Milliarden der Bevölkerung entzogen würden und daß zum Teil die Landräte in bewußter Weise an dieser mangelhaften Herangehung mitarbeiteten. Ich habe es für meine Pflicht erachtet, die Landräte gegen diesen Vorwurf in Schutz zu nehmen. Zunächst ist zu dem Artikel zu bemerken, daß das nicht alles, was als Nationalvermögen in der Statistik erscheint, auch Vermögen im Sinne der Ergänzungssteuer ist. (Sehr richtig! rechts.) Zunächst gehört zu dem steuerlichen Begriff des Vermögens nicht das Vermögen, welches sich im Ausland befindet, ferner auch nicht das Vermögen, das in Hangerserien usw. angelegt ist. Das letztere Vermögen schätzen wir auf nicht weniger als 20 Milliarden. Ferner ist auch der ganze Besitz, welcher 6000 Mk. nicht erreicht, nicht zur Besteuerung herangezogen. Von dem angeführten Betrag von

66 Milliarden erklären sich etwa 50 Milliarden auf diese Weise. Ich habe im übrigen nie verhehrt, daß wir sowohl hinsichtlich der Ermittlung des Einkommens wie auch der des Vermögens durchaus noch nicht zu einem Zustande der Vollendung gekommen sind. Es gibt noch sehr viele Leute, die nicht das zahlen, was sie zahlen müssen. (Lebhaftes Gebr. richtig!) Aber es ist mir doch zweifelhaft, ob Hinterziehungen in dem Umfange vorkommen, wie es behauptet ist. Ramentlich aber muß ich betonen, daß die Landräte an den Hinterziehungen mit schuldig sind. (Geheuer recht.) Jetzt wird mit einem Male gefordert, wir auf solche Herangehung zur Steuer! Bisher sind mir nur gegenüberliche Klagen zu Ohren gekommen. (Große Heiterkeit.) Ich habe ausdrücklich nachgewiesen, daß zum 1 400 000 Steuererhebungen berichtigt worden sind, daß das mehrerwartete Einkommen 2 Milliarden betrug, und daß dadurch 83 Millionen Mark Steuern mehr erzielt worden sind. (Leb. Hört, hört! rechts.) Den gegen die Landräte erhobenen Vorwurf weise ich wiederholt mit Entschiedenheit zurück. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Pauidke (fr. Vgg.):

Von dem sozialdemokratischen Redner gibt das Wort: „Ich sprich vergebens viel, um zu verjagen — der andere hört von allem nur das Nein!“ Herr Heimann verhandelt sich hinter den Rücken des Gesetzes, um einen Vorwand für eine ablehnende Haltung zu haben. Damit wird er niemanden täuschen. Wenn wir wirklich die Einkommen von 12-1500 Mk. steuerzuschlagfrei ließen, müßte Herr Heimann dann für die Vorlage stimmen? Sie wagen nicht zu antworten! Sie würden es nicht tun! Für Sie gilt auch heute noch Grillenbergers Taktik: „Wir gönnen den Unteroffizieren jede Aufbesserung, aber wir bewilligen ihnen nicht einen Groschen!“ So machen Sie heute mit den Beamten! Der Redner geht dann auf die Stellungnahme seiner Freunde zu der Vorlage näher ein: Richtig ist es, daß Leute mit kleinen Einkommen schwerer an ihrer Steuerlast tragen als Vermittelte. Aber die Sozialdemokratie überträgt die Steuerlast nicht den eigentlichen, wenn sie in der Mehrzahl von vierfünftel bis fünfsechstel gegen die anderen Parteien wegen ihrer Zustimmung zu dieser wichtigen Belastung der kleinen Einkommen hat die Sozialdemokratie keine Berechtigung. Wenn wir dem Steuerkompromiß zustimmen, so taugen wir's, weil es ein Kompromiß darstellt, und also keine dauernden Verzicht auf unsere Steuerpläne und Aufhebungen abgibt. Wir hatten an unseren Aufhebungen auf steuerlichem Gebiet nach wie vor fest und werden sie zur Geltung zu bringen suchen; insbesondere ist gar keine Rede davon, daß wir etwa auf die Nachahmung verzichteten. Nachahmung und Vermögenssteuer stehen an erster Stelle in unserem Steuerprogramm. Als richtig hat sich von Anfang vertretener Gedanke bewährt, daß jetzt an eine definitive Regelung nicht zu denken ist. (Beifall links.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Polemik des Korredners gegen uns war psychologisch erklärlich, aber sachlich unangehörig. Wenn die Freisinnigen für die Steuerreform Steuerzuschüsse von 7000 Mk. den Einkommen bewilligen wollen, werden sie von den Konserwativen kaum die Erlaubnis dazu bekommen. (Geheuer recht.) Geht man jetzt nicht an allen Ecken und über die Widerbemittelten weiter zu belästigen? (Geheuer recht und bei den Katik.) Sie haben für Vermeidung natürlich nur Lagen. (Erneute Heiterkeit! rechts.) Der Freisinn tut jetzt den ersten Schritt auf dieser Ebene und wird wahrlich unbedenklich den zweiten tun.

Abg. Dr. Pauidke (fr. Vgg.):

Herr Heimann sprach gestern sachlich. Von Herrn Hirsch kann ich das Gleiche nicht sagen. Was soll es heißen, wir Freisinnigen werden von den Konserwativen keine Erlaubnis bekommen, unsere Maßregeln nach unseren eigenen Wünschen einzuführen? Ich bin überzeugt, die Konserwativen machen gar keinen Anstand, aus dem Erlaubnis zu bestehen. (Zustimmung rechts.) In meiner Meinung aber hatte ich den Angriff der sozialdemokratischen Presse im Auge und die Angriffe der Presse der Demokraten, die die Sozialdemokratie begünstigen. Diese Ausführungen halte ich für recht. Gestalten Sie das Gesetz, wie Sie wollen, die Sozialdemokratie sagt immer: nein. (Leb. Zustimmung.) Damit macht sich die Sozialdemokratie selbst einflüchtig (Leb. Zustimmung) im Gegenfall zu sozialistischen Gruppen des Auslandes (Leb. Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Friedberg (nl.):

Der Abg. Hirsch meinte, wir könnten uns nicht genug tun, die kleinen Leute zu belästigen. Da hätte er doch prüfen sollen, ob seine eigenen Freunde die kleinen Leute durch Gewerbesteuerzuschüsse noch höher belasten. (Leb. Zustimmung.) Es ist erfreulich, daß wir vor starker Vermögensermehrung stehen (Sehr richtig!) Wir können die unteren Volksschichten nicht davon befreien, auch zu den Lasten beizutragen. Es kommt nur darauf an, daß in der Belastung der einzelnen Volksschichten das richtige Verhältnis gewahrt wird. Wenn im Reich würde die Steuern der Vermögensverteilung wirken, muß in diesem Punkte bei den direkten Steuern der angemessene Ausgleich geschaffen werden. Wenn Herr Hirsch die Verhältnisse in anderen Ländern ansieht, wird er finden, daß wir in Preußen gegenüber glänzend dastehen. Ich behaupte, daß ich mich auf diese Polemik überhaupt eingelassen habe. Wo ich sehe, daß die Herren Hirsch und Genossen doch nicht. Sie wollen ein Agitationsmittel haben und auf die innere Wahrheit kommt es ihnen nicht an. (Leb. Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Ein Schlussantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Hirsch (Soz.):

Der Vorwurf des Abg. Pauidke, ich hätte agitatorisch gesprochen, trifft nicht zu. Die Unterstellung des Abg. Friedberg, als seien wir von der Wahrheit unserer Behauptungen selbst nicht durchdrungen, muß ich zurückweisen. Die einzelnen Artikel des Gesetzes werden gemäß den Kommissionsbeschlässen genehmigt, ebenso in der Gesamtabstimmung das Gesetz als Ganzes.

Es folgt die dritte Lesung des

Mantelgesetzes.

In der allgemeinen Besprechung eröffnet

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.)

die gesamte Steuerpolitik Preußens. Bedauerlich sei, daß die Kommunalsteuerzuschläge fast überall den Staatssteuern überfliegen, teilweise sogar erheblich. Das wäre gebieterisch auf die Notwendigkeit für die Kommunen hin, ihre Besteuerungssysteme zu reformieren. Eine sehr empfehlenswerte Kommunalsteuerreform ist der Tat die Wertzuwachssteuer, die entsprechend der Höhe der Steuer dabei außerordentlich erträgt. Bei der endgültigen Steuerreform in Preußen werden wir uns klar zu machen haben, welche die Rolle sei. Wir müssen jedenfalls ein sehr viel höheres Einkommen aus der Vermögenssteuer erzielen. Unsere Steueranlagensbehörden arbeiten hierüber sehr gewissenhaft und sehr tätig; es fragt sich aber, ob ihre Organisation zweckmäßig ist und

nicht stehender eine sachgemäße Veranlagung der Zinsen er-
scheint. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Annahme
dieser Vorlage ein gutes Omen sein möge für das Gelingen des
schwierigen Werks der grundlegenden Reform des preussischen
Steuersystems. (Leb. Beifall.)
Die allgemeine Beipflichtung wird geschlossen. Die einzelnen
Artikel werden genehmigt, ebenso das ganze Gesetz in
der Gesamtsitzung.
Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes betr. die

Gebühren der Medizinalbeamten.

Abg. v. d. Osten (konj.):

Die Differenzierung zwischen den voll und den nicht voll be-
setzten Kreisärzten muß auch in Zukunft bestehen bleiben. Von
einer Schädigung der Kreisärzte durch die Kommissionsbeschlüsse
kann nicht die Rede sein.
Die Abgg. Gerhards (Str.) und Dr. Dumrath (nl.) treten
ebenfalls für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Dr. Heißig (Str.):

beantworte im Interesse der ärmeren Bevölkerung eine Herabsetzung
der Tarife in der Richtung, daß an Stelle der Einzelsätze eine
Spannung gelassen wird. Die Mindestsätze sollen im allgemeinen
50 Pfg. betragen. Die Höchstsätze sollen die Einheitsätze der
Kommission bilden.

Abg. Rosenow (Str. Vp.):

erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde, da die
Kommissionsbeschlüsse die berechtigten Wünsche der Kreisärzte nicht
berücksichtigen. Er bitte die Vertreter der Kommissionsbeschlüsse,
daß einmal einen zufriedenen Kreisarzt auf den Tisch des Hauses
niederzulegen. (Heiterkeit.) Selbst die „Deutsche Tageszeitung“
habe Zuschriften von Kreisärzten erhalten, die mit dem Tarif
daraus nicht einverstanden seien. Nützlich sei es insbesondere auch,
daß die Gebühren für die frei praktizierenden Ärzte erhöht werden.
Diese Ärzte hätten von der Vorlage keinerlei Vorteil, da sie
kein Gehalt bekämen und auch nicht pensionsfähig seien. Es
würde ein Fonds geschaffen werden, aus dem die frei praktizierenden
Ärzte Entschädigungen erhielten, wenn sie sich nach Ausübung
ihrer amtlichen Tätigkeit Verleugungen zuziehen.

Ministerialdirektor Förster

betont die weitgehenden beruflichen Verpflichtungen der voll be-
setzten im Gegensatz zu den nicht voll besetzten Kreisärzten.

Abg. Duns (Str. Vp.):

bedauert die in der Vorlage liegende starke Benachteiligung der
Chemiker.

Abg. v. Bonin-Stormar (Str.):

empfiehlt die Vorlage in der Kommissionsfassung.

Abg. Weigermel (konj.):

meint, daß die Regierung mit dem Entwurf nicht nur das Weh,
sondern auch das Wohl der Bevölkerung im Auge gefaßt habe.
Der Entwurf zeige von Wohlwollen für die Kreisärzte, und auch
die Chemiker seien nicht benachteiligt.

Ein Schlussantrag beendet die allgemeine Aussprache. Die
SS 1-7 werden angenommen. Bei § 8 begründet

Abg. Dr. Heißig (Str.) einen Antrag auf Berichtigung einzel-
ner Gehälter.

Der Paragraph wird aber in der Kommissionsfassung angenom-
men, ebenso der Rest des Gesetzes.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr: Landmannverband
gefolgt, Gesellschaft (Fortf.), Domänen und Forsten.

Deutscher Reichstag.

224. Sitzung am 11. März, 2 Uhr.

Die zweite Lesung des

Weingesezes

wird fortgesetzt.

Abg. Spindler (Str.):

Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest. Die Kom-
missionsbeschlüsse der Kommission treffen das Richtige, sie berück-
sichtigen das Interesse der Wäzler. Von den vorliegenden An-
trägen wird derjenige des Abg. Paasche unsere Zustimmung finden,
der in dem § 3 den Satz freilassen will, wonach die Zuderung bei
einem Uebermaß von Säuregehalt von gewissen zu lauschkulartig
geschätzten Voraussetzungen abhängig sein soll. Auch mit dem ersten
Antrage Hermann, die Zuderung bis zum 31. Januar, statt nur
bis zum 31. Dezember zuzulassen, können wir einverstanden sein.
Die Vorchriften über Deklarationsgebühren wollen wir sowohl beim
§ 5 (geduzerte Weine) wie beim § 6 (Verschnittweine) aufrecht-
erhalten wissen.

Abg. Paasche (natl.):

empfiehlt die beiden Teile seines Antrages: die schon vom Vor-
redner erwähnte Streckung zu auslegungsfähiger Voraussetzungen
für die Zulassung der Zuderung, sowie die Erhöhung des Maxi-
mums der Zuderungsmengen auf 1/4 (statt 1/3) der Gesamtsäure-
gehalt. Ueber die Notwendigkeit hiervon wurde ohnehin kein Mein-
tender Zuderer schon, denn wir einen guten Wein Zuder zuzie-
hen, werde ohnehin durch seine Dummheit gestiftet. Eine lo-
kalkulartige Bestimmung, wie er sie zu streichen bitte, sei also ganz
überflüssig.

Gehelmatl Stein:

Die Bedenken der beiden Vorredner in Bezug auf die angeblich
zu elastische Voraussetzung der Zuderung sind doch wohl nicht be-
rechtigt. Die Herren nehmen zwar an, es könnte zu einem Fest-
stand auch für ehrliebe Leute werden, wenn die Zuderung nur er-
laubt wird „insofern es der Beschaffenheit des aus Trauben
gleicher Art und Herkunft in denen Zuderungen entspricht“. Aber
was „ein guter Zuderung“ ist, darüber besteht unter den Sachver-
ständigen doch wohl nicht solche Ungeheuerheit oder Meinungs-
verschiedenheit, wie die Herren, die diese Worte getrieben wissen
wollen, annehmen. Dem Antrag Hermann (31. Januar) bitte ich
das Haus, zuzustimmen.

Abg. Preiß (Str., Elßhaff):

weicht gegen Dr. Paasche. Sein Antrag ist unnützlich. Es gibt
überall Sachverständige, die feststellen, was ein „guter Zuderung“
ist. Wir hatten schon an eine Herabsetzung des zulässigen Zuder-
maßes gedacht. Von einer Vermehrung kann keinesfalls die Rede
sein.
Einer Verlängerung der Zuderungsfrist stimmen wir
nicht zu.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Der Stenotypist der Regierung in der Zuderungsfrage hätte
konsequenterweise dahin führen müssen, daß man die Zuderung
von der behördlichen Genehmigung abhängig mache. Diese Konse-
quenz wollte man aber nicht zugehen. Aus der zeitlichen Begrenzung
der Zuderung sollte man keine Prinzipienfrage machen. Eine
Zuderung bis zu 20 Prozent ist mehr als ausreichend. Wenn man
sich so weit geht, dann soll man aber den verhörmittelten Wein
nicht schlechter behandeln als den geduzerten. Wir behalten uns
unsern Antrag für die dritte Lesung vor; wir hoffen indes, daß
die Regierung das Gesetz an dem § 6 nicht wird scheitern lassen.

Abg. Schäfer (Str.):
Ich hoffe, daß über die wenigen kritischen Punkte noch eine
Einigung erzielt werden wird. Dazu ist aber notwendig, daß jeder
mangherlei Bedenken im Interesse des allgemeinen Wohles juridis-
kifiziert.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Str.):

erklärt ebenso wie der Vorredner, an dem § 6 festzuhalten. Die-
ser würden wir das ganze Gesetz fallen lassen, ehe wir auf diesen
Paragraphen verzichten.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl.):

Der Antrag Noeren-Erzbirger zu § 6, wonach ein Verschnitt
nur dann nach dem Anteil benannt werden darf, wenn dieser in
der Gesamtmenge überwiegt, ist in der Praxis nicht durchführbar.
Es muß neben der Quantität die Qualität berücksichtigt werden.

Abg. Wieland (L. Vp.):

bittet dringend um Beibehaltung der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. Thaler (Str.):

begründet einen neuen Änderungsantrag zu § 3, der von einer
prozentualen Festsetzung des zulässigen Zudermaßes absteht. Es
sollte jeder Zuderer wählen können, als für ein Erzeugnis
notwendig ist, wie es in guten Jahrgängen in der betreffenden
Lage ohne solchen Zuhalt erzielbar ist.
Die Zustimmung über § 3 ergibt die Ablehnung sämtlicher
Anträge mit überwältigender Mehrheit und die unnerän-
derte Annahme der Kommissionsbeschlüsse.
Zu § 6 a liegt der Antrag Noeren-Erzbirger vor.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vgg.):

erklärt die Zustimmung seiner Fraktionsgruppe zu diesem Antrag
mit Rücksicht auf das Unannehmbar, das die Regierung zum
ersten Satz des § 6 über die Deklaration des Ausländer-
schnitts ausgesprochen hat.

Abg. Dr. David (Soz.):

Das wäre ein rechter Schiffsbürgerstreit. Nach § 6 dürfen
nahegelegene Marken von gemeinsamen typischen Bezeichnungen
Gebrauch gemacht, darf ein in Geleichen gewandener Wein Wüdes-
heimer genannt werden, auch wenn ein Fünftel Wasser hinein-
gegossen ist; aber wenn zwei Fünftel Wüdesheimer hineingemengt
sind, dann darf er nicht mehr Wüdesheimer genannt werden.

Abg. Erzbirger (Str.):

Aber wir müssen doch gegenüber dem Unannehmbar zu § 6 b
reiten, was zu retten ist. Außerdem kommt der Fall in der
Praxis nicht vor.

Abg. Dr. David (Soz.):

Kommt tausendfach vor. Weiß die Regierung zu § 6 b kein
sagt, sollen wir zu § 6 a einen kompletten Umsturz beschließen?
Der Antrag Noeren-Erzbirger wird mit überwältigender
Mehrheit abgelehnt.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vgg.):

Nun ist § 6 b unbedingt notwendig. Sollen sich nicht die
Regierung das Recht Unannehmbar zurück. Bedauerlich ist, daß
der Staatssekretär so wenig Deutsch empfindet. (Präsident Graf
Soltberg rügt die Lausprechung.)

Abg. Becker-König (Str.):

Wir müssen an § 6 b festhalten, er ist das Wichtigste am ganzen
Gesetze. Die Bedenken der Regierung nehme ich nicht so tragisch,
sie wird schon mit sich leben lassen.

Staatssekretär v. Weismann-Hollweg:

Ich bin nicht gewohnt, ein so ernstes Wort wie das Wort
Unannehmbar überhaupt zu gebrauchen. Wenn ich das ausspreche,
so halte ich daran fest.

Abg. Erzbirger (Str.):

Ich behalte mir einen vermittelnden Vorschlag für die dritte
Lesung vor.
§ 6 b wird mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Abg. Weigel (natl.):

bittet, die Kontrolle über den Hauptmarkt und die Buskontrolle
möglichst wenig beschränkt zu gestalten.
Das Weingesez wird in allen seinen einzelnen Para-
graphen unverändert in der Kommissionsfassung
angenommen.

Das Gesetz über die Doppelbesteuerung wird in zweiter
Lesung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, mit der
Resolution, die sich gegen die kommunale Doppelbesteuerung
wendet.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Str. Vg.):

teilt mit, daß im Leipziger Landtag eine Vorlage betreffend Auf-
hebung der kommunalen Doppelbesteuerung eingegangen ist.
Preussischer Generaldirektor Wollsch

erklärt, daß Vereinbarungen unter den Regierungen im Sinne
der Resolution schon im Gange seien.
Dienstag 2 Uhr: Dritte Lesungen von Weingesez und Doppel-
besteuerung; Militärrecht, zweite Lesung.
Schluß 2 1/2 Uhr.

Ausland.

Die Lage im Balkan.

In Ungen und Großen hat sich die Situation durch
die Veröffentlichung der serbischen Note ein wenig gebessert.
In Wien wie auch in Paris, London und Berlin hält man
eine friedliche Lösung des Konfliktes für wahrscheinlich. Daß
man aber in den Angaben der serbischen Note kein unbedin-
gtes Vertrauen setzen darf, geht allzudeutlich aus nach-
folgender Depesche hervor:

Belgrad, 11. März. In der Stupitsina ist die Hoffnung
auf eine Unterhandlung seitens Russlands sehr hoch,
man bleibt dabei, daß Serbien territoriale Kompensa-
tionen verlange. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Die
Nachricht, daß die Türkei die Ausfuhr serbischer Kriegs-
materialien erlaubt habe, erweckt große Freude.

Ein englisch-flamisches Abkommen.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus ist in Bang-
kock ein englisch-flamisches Abkommen unterzeichnet worden,
wonach die in Siam vor Abbruch dieses Abkommens als englische
Staatsangehörige Eingetragenen unter die Gerichtsbarkeit der
internationalen Gerichtsbarkeit gestellt werden, wogegen alle, die sich
nach Abbruch des Abkommens eintragen lassen, der flamischen
Gerichtsbarkeit unterstehen.

England hat sich von Siam bekanntlich kürzlich auf der Halb-
insel Malacca drei flamische Provinzen zur Abdringung seiner
Kolonie Singapur abtreten lassen. Es statet Siam jetzt seinen
Dank ab, indem es eine Erweiterung der flamischen Gerichts-
barkeit anerkennt. Das Zugeständnis hat für Siam mehr einen

formalen wie realen Wert. Von England konnte es ohne weiteres
gemacht werden, weil es nichts kostet.

Castro in der Verbannung.

Nach einem Telegramm aus Carracas ist die französische
Regierung von der Regierung in Venezuela verständigt
worden, daß Expräsident Castro, falls er sich der Rüste
Venezuelas nähern sollte, sofort in Haft genommen zu
werden würde. Die neue Regierung von Venezuela will
unter keinen Umständen die Rückkehr Castros dulden.

Halle und Umgebung.

Halle a. G. 12. März

Die Frage des Wohnungsgeldzuschusses

ist nunmehr, wie unsere Leser schon im gestrigen Depeschen-
teil gelesen haben, im preussischen Landtag endgültig ent-
schieden. Es gibt 33% Prozent Erhöhung gegenüber den
bisherigen Sätzen, und Halle bleibt auf derselben Stufe
wie Magdeburg und ähnliche Großstädte, denen gegenüber
es nach der ursprünglichen Abstimmung in der Budget-
kommission deklariert werden sollte.

Eine Unterredung mit Eoen Hedlin.

Ein interessantes Interview mit dem künftigen Forscher,
der am Montag unser Halle besuchte, hatte gestern ein
Vertreter des „Tag“ in Berlin und zwar in Gegenwart des
hier bestens bekannten schwedischen Landmann Eoen Scho-
lander, der ihm von Jugend auf befreundet ist.

Eoen Hedlin ist mittelgroß, schneidig und kraftvoll. Er ist
brünett, und aus seinem schmalen Kassegesicht leuchten ein
Paar energische Augen. Der Forscher gehört zu den glück-
lichen Naturen, die sofort für sich einnehmen, er ist eine
scharf umrissene Persönlichkeit, die in ungezügelter Natur-
lichkeit und Ungezehrtheit unendliche Sympathie erweckt —
ein Mensch, dem man sich und alles andere auch sofort an-
vertrauen würde.

Und wie er spricht! Ein fast agentfreies Deutsch —
ist er doch, wie er mir am Schluß unserer Unterhaltung mit-
teilte, in gewissem Sinne eigentlich ein alter Berliner. Er
hat dort studiert, er fühlt sich bei uns wie zu Hause, er
schmämt für die Berliner Gemütslichkeit, er ist ein Schüler
von Richthofen, der, wie er launig bemerkte, ihn zuerst in
die Wirrnisse der Geographie eingeführt hat.

Man soll, um auf die Sache selbst zu kommen, niemals
indirekt treten. Aber, was mir das Köstliche an seinem
morgigen Vortrag zu sein scheint, ist wohl die Tatsache, daß
Eoen Hedlin heute noch nicht weiß, was er morgen erzählen
wird. „Ich leide“, so sagte er mir, „an einem unerhöp-
lichen Embaras do richesse. In England hat man mir
zwei Stunden zu meinem Vortrage gegeben; in Paris war
meine Redezeit sogar auf eine Stunde und zehn Minuten
beschränkt. Ich lese nie vor, mache mir nicht einmal
so viel Aufzeichnungen, die auf einer Visitenkarte Platz
hätten — ich spreche ab solut frei.“

„Sie halten Ihre Vorträge ganz frei aus dem Ge-
dächtnis, wie man weiß, und sozusagen im Hin- und Her-
gehen vor dem Publikum?“ — „Ja, ich brauche kein Pult,
kein Manuskript und kein Glas Wasser und mache mir gern
beim Sprechen ein wenig Bewegung. Wenn man so da
draußen in Freiheit dreht, ist gewöhnt man sich die
engen Formen ab. Ich werde zuerst eine Stunde vor der
Karte von Tibet reden und dann meine Vorträge zeigen.“

Bei einem so lebhaften und aufnahmefähigen Geiste,
wie es Eoen Hedlin ist, leben natürlich die letzten Erinne-
rungen in stärkerer Weise fort. Ich fand es natürlich, daß er
von seinen Erlebnissen und seinen wissenschaftlichen Er-
folgen nichts vorwegnehmen wollte, sondern lieber von den
Eindrücken sprach, die er in der letzten Zeit in England und
in Frankreich aufgenommen hatte.

Ein Mann wie Eoen Hedlin ist selbstverständlich auch
ein großer Völkerpsychologe, und deswegen sind seine Beobach-
tungen, die er machte, in jeder Beziehung wertvoll.

Er findet nicht Worte des Lobes und der Anerkennung
genug über das Verhalten der Engländer sowohl für die
Franzosen. Wir wollte es scheinen, daß er für seine Auf-
nahme in England mehr Sympathien empfand als für die
in Frankreich. In London war der Empfang „großartig und
wunderbar“, überall helle Begeisterung und eine unendliche,
weitgehende Gastfreundschaft. Ueberall, wo er sprach — er
war einen Monat in England — waren die Säle überfüllt,
Tausende mußten umstehen. Seinen größten Triumph
feierte er in der Londoner Geographischen Gesellschaft. Hier
waren außer den gelehrten Kreisen aller Fakultäten nicht
nur die Spitzen der englischen Aristokratie, die englischen
Regierungsgesandten mit den Ministern, sondern auch das ge-
samte auswärtige diplomatische Korps vertreten. „Auch
nie“, sagte Eoen Hedlin, „habe ich ein ähnliches Parkett ge-
sehen — es war die Creme der Creme.“

Hier hatte er eine Genugtuung, wie sie wohl selten ein
Mensch erleben hat, und er wurde förmlich größer und strah-
lender, als er mir das Erlebnis erzählte.

Lord Morley, der Staatssekretär für Indien, „der den
Schlüssel zu Indien in den Händen hat“, dankte ihm für
seinen Vortrag. Es war derselbe Mann, der ihn vor drei
Jahren gehindert hatte, von Indien, d. h. von Sibirien aus,
in die unbekannteren Gegenden einzugreifen; der Plan der
ganzen Reise mußte unter großen Schwierigkeiten geändert
werden, und der Vorstoß konnte nur von Norden aus er-
folgen. Eoen Hedlin hatte sich damals außerordentliche
Mühe gegeben, den Staatssekretär davon zu überzeugen, daß
der Zug auch im Interesse Englands gelegen — es
hieß alles nichts.

Es war geradezu dramatisch, als Lord Morley in seiner
Dankrede in ritterlicher Weise zugehört, daß „trotz allem
und alledem“ der schwedische Forscher sein Ziel in so
glanzvoller Weise erreicht.

Auch in Paris war der Empfang geradezu überwäl-
tigend. Der französische Kultusminister überreichte ihm im

Auftrage der Regierung zwei Statuetten in Sèvres-Porzellan: La science und Le courage!
Besser konnte man Wesen und Wirken dieses seltenen Mannes nicht fesselzeichnen.

Die Erinnerung an die blauen Hefen Peter Ganters wird durch ein tragikomisches Ereignis in Hamburg wachgerufen. Dort lagerten von dem Peter Ganterschen Gesangsroman 12 000 Bände bei einem Speibüter. Zur Dedung des Lagergeldes und der Speien wurde eine Auktion dieser Bücher veranstaltet, bei der von einem kleinen Straßenhändler das Höchstgebot mit 1200 Mk. abgegeben wurde. Jeder Band, der letztzeitig mit acht Mark verkauft werden sollte, brachte es also auf zehn Pfennige.

Der erste Satz Hasen verloren. Wie aus Jägerkreisen mitgeteilt wird, ist der erste Satz Hasen fast vollständig verloren. Der lange Winter und namentlich der letzte Schneefall hat die jungen Tiere vernichtet. Sehr oft sieht man, wie sich die Krähen die verendeten kleinen Hasen abjagen lassen.

Der Thüringer Bezirksverein deutscher Ingenieure hat eine ordentliche Sitzung am Dienstag, den 16. März abends 8 1/2 Uhr (pünktlich), im Hotel „Stadt Hamburg“, zu der Gäste willkommen sind. Es liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Einläufe und Geschäftliches. 2. Beratung der neuen Satzungen für den Verein deutscher Ingenieure (siehe Anlage). 3. Allgemeines.

Für Fütterung der Tiere in der Heide hat eine freundliche Leserin, Frau Müller, uns 2 Mark übergeben, die wir wieder an den Tierchutzverein abzugeben haben.
Die Unglückliche, die sich vor drei Tagen in die wilde Seeale stürzte, ist jetzt als das Dienstmädchen Frieda Marthe mann aus Großhering festgestellt worden. Sie hatte hier gedient, ihre Leiche ist noch nicht gefunden.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einzelner verantwortlich.)

Wo bleibt die Polizei?

Wenn man jetzt morgens einen Gang durch die Straßen der Großstadt Halle mit ihren Naturhöhen macht und man sieht, wie die armen Pflanzengärten und die schweren Last hinter ihnen über die zum Teil spiegelglatten Stellen, so an dem Kreuzungspunkt Abocksteinweg-Friedenstraße mit Große Brunnen- und Treustraße wandern müssen, da fragt man sich, ist die Straßenreinigungsanstalt nicht verpflichtet, die Gassen in den Straßen zu besorgen, wo bleibt die Polizei, da ja auch Passanten Schaden nehmen können, kann der Tierchutzverein nicht einspringen. Ein Ergebnis von der tadellosen Reinigung der Hauptstraßen in Halle von den Schnee- und Eismassen.

Ein Postamt, der Mittel mit Menschen und Vieh hat.

Provinzial-Nachrichten.

Elektrizität für den Kreis Kalbe.

Barb. 11. März. Die Thüringer Gasgesellschaft beschäftigt, den ganzen Kreis Kalbe, der noch keine elektrische Anlagen hat, von ihrem neuerbauten Elektrizitätswerk in Schönebeck aus mit Elektrizität zu versorgen.

Son Es unglücklich.

Vohna, 11. März. Vom Wilsbergischer Fischermeister Karl Naumann und seinem Gehilfen wurde hier am diesseitigen Ufer ein im Eise eingetorener männlicher Fischfang gefunden. Der Tote, ein volljähriger Mann von etwa 55-60 Jahren, schien den besseren Ständen angehört zu haben. Er war gut gekleidet, hatte Uhr und Kette bei sich und trug drei Ringe, darunter einen Trauring. Ueber seine Persönlichkeit ist nichts bekannt.

* Naumburg, 11. März. (Stadtsekretär Schulz) ist zum Bürgermeister von Magdeburg in Döhrpen gewählt worden.

Reichardtswerben, 11. März. (Eh hängt) hat sich der Major Richard Rudloff von hier bei seinem Truppenteil, dem 17. Infanterie-Regiment in Braunschweig, über die unglückliche Schritt soll aus Furcht vor Strafe wegen eines geringfügigen Vergehens begangen worden sein.

Hirschberg a. S., 10. März. (F. Hüchig). Ein in der hiesigen Leberfabrik, A.-G., angestellter dreißigjähriger Schreiber ist mit 2000 Mk. Gehaltsgebern flüchtig geworden.

Wittenberg, 11. März. (Die Siffahrt) hat auch hier ihren Betrieb in vorläufig beherrschtem Maßstabe wieder aufgenommen. Nachdem schon seit einigen Tagen, da die Elbe vollständig eisfrei ist, Kahne den hiesigen Hafen verlassen haben, dampfen heute früh gegen 3 Uhr die ersten Dampfer mit Schleppkähnen braunwärts durch die Elbdröben.

Arnstadt, 11. März. (Kohlenstaubezpllosion). Auf der Grube Banke in Erdbitz erfolgte heute morgen ein schwere Kohlenstaubezpllosion. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei andere wurden schwer verletzt. Die übrige Belegschaft vermochte sich zu retten.

Nordhausen, 11. März. (Festgenommen) wurde hier der Arbeiter Erik Beckel aus Magdeburg. Er hatte, angeblich auf Anstiften seines Vaters, in Magdeburg verschiedene Ringe, Ketten und Uhren entwendet und war nach Nordhausen entflohen. Auch sein Vater, der ihn nach Nordhausen begleitet hatte, stellte sich heute der Polizei.

Deopoldshaus, 11. März. (Unfall). Auf dem Bergwerk Ludwig II wurde der Bergmann Spinnne aus Neugattersleben von einem ca. 12-jährigen Schwere herabfallenden Gestein getroffen, so daß er in den Bergamnstoff zu Halle überführt werden mußte.

Bernburg, 11. März. (Gaufriger Selbstmordverzeu). Der bei dem Gutsparier Salmutz in Drödel beschäftigte Oberförster Will Heinemann hat sich mit einem Kasseroller zweimal die Kehle durchschnitten. Er wurde nach dem hiesigen Krankenhaus übergeführt. Der Lebensmüde, der 28 Jahre alt und verheiratet ist, soll die Tat aus Schwermut begangen haben.

Bernburg, 11. März. (Gewerkschaftshaus). Das Gewerkschaftshaus hat den „Thüringer Hof“ für 45 000 Mk. gekauft. Abgeschätzt ist das Gebäude auf 72 000 Mk. Es soll zum Gewerkschaftshaus umgebaut werden.

Bernburg, 11. März. (Zugentgeilung). Auf dem Bahnhof Gröbne entgleiten gestern früh 5 1/2 Uhr an der Südbahn von dem um diese Zeit von Magdeburg einreisenden Güterzuge drei Wagen. Die Maschine und der Padwagen waren auf dem Weisse geblieben, während die drei dahinterfolgenden Wagen entgleiten. Der erste von diesen legte sich quer über das Gleis;

die beiden anderen fuhren sich fest und veranlaßten dadurch, daß die folgenden Wagen auf den Schienen blieben. Personen sind nicht verletzt worden; auch der Materialschaden ist unbedeutend. Ein sofort requirierter Hilfszug von der Werkstätte in Magdeburg-Budau brachte die Wagen wieder in das Gleis. — Die Strecke war einige Stunden gesperrt.

Theater und Musik.

Das Bühnen-Gesellschaftsfest in Halle.

Der Arbeitsausfluß wird uns geschrieben: Die vereinigten Lokalverbände: W e n e r T h e a t e r und S t a d t - T h e a t e r S a l i e a. S. der „Gesellschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger“, veranstalten am 21. April in den genannten Räumen der „Kaiser-Säle“ mit Unterstützung hiesiger und auswärtiger unabhängiger Künstler einen Festabend zu Gunsten ihrer humanitären Anstalten. Herr Hofrat Richards, der bisher zu diesem Zwecke nicht nur das Stadttheater zur Verfügung stellte, sondern sich auch um den jedesmaligen Erfolg persönlich große Verdienste erwarb, kann diesmal seinen Mitglidern eine künstlerische Beteiligung an diesem Feste nicht gestatten. Diese Tatsache bedarf der Aufklärung. Sie zu geben ist die Aufgabe der folgenden Zeilen. Dazu ist es nötig, die verschiedenen Phasen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Bühnen-Verein (Direktoren-Verband) und Bühnen-Gesellschaft (Mitglieder-Verband) in Kürze zu überblicken. Der Erlaß des neuen hürgerlichen Gesetzbuches machte eine Neuregelung der Vertragsbestimmungen zwischen Theater-Direktoren und Mitglidern nötig. Deshalb bildete man eine Kommission, die von beiden Vereinen gleichmäßig besetzt wurde, um einen Normal-Bühnen-Vertrag auszuarbeiten. Der erste Entwurf wurde im Sommer 1907 der General-Verammlung des Bühnen-Vereins vorgelegt und von dieser nicht angenommen. Der zweite Entwurf, der nach seiner Annahme im Jahre 1908 in Berlin von der Delegierten-Verammlung der Gesellschaft einstimmig abgelehnt, weil er in seiner ganzen Anlage nicht dem Rechtsgefühl unserer Zeit entspräche und durch mangelnde Sonderbestimmungen die Bühnen-Angehörigen außerhalb des Schutzes des hürgerlichen Gesetzbuches stelle. Die Antwort des Bühnen-Vereins hierauf war, daß er in einer außerordentlichen General-Verammlung zu Berlin ebenso einstimmig den Beschluß faßte, alle Beziehungen zur Gesellschaft abzubrechen, und sie nicht mehr als die besugte Vertreterin des deutschen Schauspielersstandes anzuerkennen; insbesondere keine Feste und Vorstellungen für die Pensionen, Witwen- und Waisen-Kassen der Gesellschaft zu veranstalten und den Mitglidern die künstlerische Betätigung hierbei zu verbieten. In jedem der letzten Jahre bezugten die Extra-Einnahmen, die die Gesellschaft auf diesem Wege erzielte, durchschnittlich 80 000 Mark. Diese Summe, mit der bei der technischen Kaufprüfung als sicher gerechnet wurde, muß auch fernerhin aufgebracht werden, damit die Pensionsanstalt ihre Aufgabe erfüllen und die Entwidlung haben kann, die sie nehmen muß, um wirklich für den Schauspieler, der seinen geistlichen Versicherungswapene unterliegt, zu der Bedeutung zu gelangen, die ein solches wirtschaftliches Institut verdient und haben sollte. Um ihren Verpflichtungen gegen die Zentralfalle genügen zu können, geben, wie in anderen Städten, die hies. Lokalverbände das oben erwähnte Mostkaffeeinstitut. Die Stellung des Herrn Hofrat Richards hierzu ist, da er dem Bühnenverein angehört, wozu er durch seinen Vertrag mit der Stadt verpflichtet ist, durch die Januarbeschlüsse des Bühnenvereins bedingt, und Herr Direktor Maithner, der nicht Bühnenvereinsmitglied ist, schließt sich ihm an. Die Gesellschaftler beider Theater unserer Stadt, deren Zahl sich in den letzten Wochen ziemlich verdreht hat (24 : 64), hoffen, daß sie in dieser so schweren Zeit von den Hallensern nicht im Stich gelassen werden, sondern daß jeder, der ein Herz für unsere Kunst hat, der die hohen Kulturaufgaben des Theaters erfüllt, nach seinen Kräften beiträgt zum Erfolge des Wbens und zum endgiltigen Frieden zwischen den beiden großen Kriegerkassen. Die Verhandlungen von Frankfurt a. M., Straßburg, Graz, Brinn, Eberfeld, der Vertrag von Weimar, sind den Magistraten der deutschen Städte auf diesem Wege vorangeschritten. Der Deutsche Reichstag hat die Haltung der Delegierten-Verammlung der Bühnengesellschaft genehmigt, indem er in einer von allen Parteien angenommenen Resolution den Erlaß eines Reichstagesgesetzes als unbedingt nötig anerkennend, und der Regierungsvorsetzer, Minister von Bethmann-Hollweg, ein dahinschickendes Versprechen abgab. Wären sich die im Schauspielersland dadurch wachgerufenen Hoffnungen bald erfüllen!

Vermischtes.

Haarhaft eines Dieners.

Auf einer Besichtigung in der Nähe von Algier ist eine entsetzliche Mordtat an der Gräfin v. Fleuzieu verübt worden. Die Gräfin befand sich mit ihrer Dienerschaft allein auf der Besichtigung. Nach dem Diner zog sich die Dame in ihr Schlafzimmer zurück und begab sich auszufleiden. Ihre Kammerjofe, die das ansehende Zimmer bewachte, hatte sich ebenfalls zu Bett begeben. Während es schlief, mit der schützterde Hilfe. Die Gräfin rief: „Zu Hilfe! Man ermordet mich!“ Das Mädchen rief das Fenster ihres Zimmers auf und alarmierte die Dienerschaft. Gleichsam die Diener herbeigeist und fanden auf der Treppe die Gräfin tot, aus zahlreichen Wunden blutend. Die Gräfin hatte nicht weniger als 12 furchterliche Wunden amalse und an der Brust erhalten. Man glaubt, daß ein entlassener eingeborener Diener, der mehrere Jahre im Dienste des Grafen gestanden, kürzlich aber entlassen worden war, die Tat aus Rache verübt hatte. Wie eine Depesche aus Algier meldet, hat die Gendarmerie vier Eingeborene, darunter den entlassenen Diener Amruch Mohamed den Ali unter dem Verdacht verhaftet, an der Ermordung der Gräfin v. Fleuzieu beteiligt gewesen zu sein.

Das Verschwinden eines Rechtsanwalts hat in Weuthen, Oberhessen, großes Aufsehen erregt. Es handelt sich um den Rechtsanwalt Deulow, der vor etwa zehn Tagen seine Privatwohnung mit dem Bemerken verlassen hatte, daß er sich nur auf kurze Zeit in sein Bureau begeben. Dort verabschiedete er sich aber von seinem Bureauvorsteher, wo

bei er ihm sagte, daß er auf einige Tage verreisen müsse. Am dem gleichen Tage verschwand auch das 20jährige Schreibe- maschinenfräulein Martha Wroß, das bis dahin im Bureau Demious beschäftigt gewesen war. Am nächsten Tage kamen Zeugen den Rechtsanwalt in Begleitung der jungen Dame, die in kurzem Hochzeit feiern wollte, auf dem Wege zum Bahnhof getroffen haben. Das Gerücht, daß das Paar in einem Hotel in Bielefeld-Biala (Ostpreußen) Selbstmord verübt habe, beschäftigt sich nicht. Dagegen wurde ermittelt, daß beide sich in dem betreffenden Hotel zwar eingelagert, es aber nach kurzem Aufenthalt wieder verlassen haben. Sie sind dann später im Ziegenwald in der Nähe des Touristenhotels gesehen worden. Seitdem fehlt jede weitere Spur von den Verschwindenen.

Feuersbrunst in Salzammergut. Das im Salzburgerischen in der Nähe der Bergstadt Hall liegende Dorf Mite ist von einer Feuersbrunst heimgegriffen worden. Das ganze Dorf, das durch seine Kanariensucht berühmt ist, steht in Flammen. Bis jetzt sind vier Häuser mit ihren Nebengebäuden dem Brande zum Opfer gefallen.

Letzte Nachrichten.

Bayern und die Nachlasssteuer.

München, 11. März. Gegenüber zahlreichen Darlegungen der letzten Zeit wird von gut unterrichteter Seite folgende Information über die Stellung Bayerns zur Reichs-Finanz-Reform gegeben: Die Bayerische Regierung und mit ihr die meisten andern süddeutschen Bundesstaaten vertreten nach wie vor die Nachlasssteuer, weil diese sich am besten mit dem Budget der Einzelstaaten in Einklang bringen läßt. Ob sie nun als Regierungsvorlage oder in Form eines Ausburses der Erbschaftsteuer unter Berücksichtigung der Descendenden und Gatten ergeht, ist eine sekundäre Frage. Der Kompromiß-Antrag Gamp dagegen wird, namentlich von den süddeutschen Bundesstaaten, verworfen.

Zur Frage der Erbschaftsteuer.

Berlin, 11. März. Gegenüber einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ stellt die „Freisinnige Zeitung“ fest, daß die Freisinnigen sich mit der Frage von Erbschaftsteuern nicht beschäftigt und bisher weder die Erhebung eines Kaffeegolts noch eine Kassensteuer vorgeschlagen haben.

Das Berliner Stadtparlament gegen die Telephonversteuerung.

Berlin, 11. März. Die Stadtverordneten-Verammlung hat den Magistrat ersucht, den Reichstag um Zurückziehung des Gegenentwurfes betreffend die Neuordnung der Telephongebühren zu bitten.

Brandatsniederlegung.

Braunschweig, 11. März. Der langjährige Präsident des Braunschweigischen Landtages Geh. Justizrat Stemmler hat sein Mandat als Vorsitzender der Landes-Verammlung niedergelegt.

Begnadigungen in Bayern.

München, 11. März. Anlässlich seines morgigen Geburtstag hat der Prinz-Regent eine große Anzahl von Personen, die zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, begnadigt.

Die Auffassung der Balkankrise in Wien.

Wien, 11. März. Im Ministerium des Aeußeren wurde gesagt, man könne sich der aus England und Frankreich gemeldeten Ansicht nicht anschließen, daß durch die jerbische Zirkular-Note die gegenwärtige Lage besriedigend geändert sei. Die Note sei als ein Verzicht anzusehen, bei unänderlicher Haltung vor der öffentlichen Meinung Europas die Verantwortlichkeit für einen etwaigen Konflikt auf die Mächte abzuwälzen.

Tot eines Freisinnigen.

Christiania, 11. März. In dem Vorort Sagme ermor- dete heute ein Lohndiener in einem Anfall von Freim seine Frau und seine 3 Kinder und steckte die Wohnung in Brand.

Vermittler Ballon.

Paris, 11. März. Aus Grenoble wird berichtet, daß über den am letzten Sonntag mit 4 Luftschiffen aufgestiegenen Ballon Dauphin noch keine Nachrichten vorliegen. Die Luftschiffer hatten die Absicht, die Alpen zu überfliegen. Ungünstiges Befinden der Jarin-Witwe.

London, 11. März. Wie in hiesigen Hofkreisen verlautet, ist das Befinden der Kaiserin-Witwe von Rußland ungnstiger als im Vorjahre. Die Kaiserin leidet an hochgradiger Anorexie.

Erdstöße in Spanien.

Madrid, 11. März. In Alicante beziffert infolge einiger leichter Erdstöße große Aufregung. Französische Einwohner der Stadt, die neue Erdstöße befürchten, haben ihre Wohnungen verlassen und kampieren im Freien. Andere haben sich Tag und Nacht in den Kirchen auf.

Der Typhus in Spanien.

Paris, 11. März. Die spanische Pestjur hält an der Grenze alle Telegramme auf, die auf die erste sanitäre Lage in Madrid hinweisen. Die Typhus-Epidemie greift weiter um sich. Gestern sind auf offener Straße 3 Personen gestorben.

Kirchliche Nachrichten.

Gemeinde gläubig getaufter Christen, Gen. Kapellen, 2. Wühlerer- gottesdienliche Gesangsabend.

Unterhaltungsblatt.

Ein stiller Mensch. Roman von Paul Wisk. (Fort.) — Aus meinem Leben. Eine wahre Geschichte von Kurt Walker. — Das eingediegte Autogramm. — Literatur.

Zeitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Rag; für den Inzeratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Städtisch in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

